

NR. 42 / SEPTEMBER 2025

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELSTADT & BASELSTADT



- › **DIGITALISIERUNG:** SOUVERÄN UND NACHHALTIG? S. 3
- › **ABSTIMMUNG:** DIE PAROLEN FÜR DEN 28. SEPTEMBER S. 6
- › **JGB NORDWEST:** ÜBER SEXUALISIERTE GEWALT S. 9

- 2 Editorial
- 3 Thema: Digitalisierung
- 6 Abstimmungen
- 9 JGB Nordwest
- 10 Aus den Kantonen: BL
- 11 Aus den Kantonen: BS
- 12 Vermischtes

Grünwärts – Infobulletin der
GRÜNEN Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: GRÜNE Baselland
und Basel-Stadt, Viaduktstrasse 8,
4051 Basel

Redaktion: Tim Erb (te), Michael
Durrer (md), Janice Günther (jg),
Martin Stohler (ms), Oliver
Thommen (ot), Nadine
Freiermuth Samardžić (nfs)

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: sarah@einfachgrafik.ch

Druck: bc medien ag

Gedruckt auf Nautilus,
100% Recycling, Blauer Engel

Erscheint 4-mal pro Jahr, Auflage
2200 Ex.

Redaktionsschluss: 3. August 2025

Nächste Ausgabe: November 2025



Foto: Gaspard Weissheimer

Mit der Digitalisierung verändert sich auch unser politischer Alltag. Debatten verlagern sich in die sozialen Medien. Themen vermögen dort stark zu emotionalisieren, andere finden kaum Aufmerksamkeit. Aber auch: Menschen bringen sich in Debatten ein, die sonst keine Stimme hätten. Als Partei könnten wir uns die Algorithmen pragmatisch zu Nutze machen, das heisst, Inhalte zuspitzen und verkürzen, Politik auf Emotionen reduzieren. Gegen klare Positionen spricht per se nichts. Die Frage ist, ob ein solcher politischer Diskurs in einer komplexen Welt zu nachhaltigen Lösungen führt. Als linke Partei sind wir hier in einem Dilemma. Halten wir uns raus, bleiben Angstmacherei, Hetze und Faktenverdrehung unwidersprochen. Werden wir Teil, besteht das Risiko, uns in Scheingefechten zu verausgaben und am Ende wenig zu gewinnen, weil Emotionen gegenüber differenzierten, faktenbasierten Argumenten triumphieren. Klar ist, Politik ohne soziale Medien ist nicht mehr denkbar, wir müssen Antworten für deren gewinnbringende Nutzung finden.

R. Fuhrer F. Weibel

Raphael Fuhrer & Fleur Weibel, Co-Präsidium, GRÜNE BS

DIGITALISIERUNG: SOUVERÄN UND NACHHALTIG?

Debatten über digitale Souveränität, Abhängigkeit von Big-Tech-Konzernen, Datenschutz, Klimafolgen sowie den Umgang mit neuen Technologien wie KI prägen die öffentliche Diskussion.

Die Digitalisierung ist weltweit ein politisches und gesellschaftliches Thema von wachsender Brisanz. Ein Kernpunkt der Diskussion ist die digitale Souveränität der öffentlichen Hand und deren Institutionen. Mit Grossaufträgen an Amazon, Microsoft oder Oracle geraten Fragen nach Kontrolle und Unabhängigkeit ins Zentrum. Daten von Behörden in US-Clouds zu speichern, bedeutet Kontrollverlust und macht die Schweiz abhängig von Unternehmen ausserhalb ihres Rechtsraums.

ALTERNATIVEN EXISTIEREN

Dabei existieren lokale Alternativen. So bietet etwa Infomaniak, eine Schweizer Firma mit Sitz in Genf, ein datenschutz-

freundliches Cloud-Angebot mit Rechenzentren in der Schweiz, betrieben mit 100 Prozent erneuerbarer Energie. Auch Green.ch stellt massgeschneiderte Cloud-Lösungen für KMU und Behörden bereit. Weitere Schweizer Anbieter wie Swisscom oder Exoscale werben mit dem Schweizer Datenschutzstandard, hochsicheren Rechenzentren und nachhaltigem Betrieb.

Auch die Klimabilanz digitaler Dienste rückt stärker in den Fokus. Cloud-Dienste, Streaming, KI-Anwendungen oder Blockchain erzeugen riesige Datenmengen – und somit einen stetig wachsenden Energiebedarf. Der bewusste Umgang mit digitalen Ressourcen, längere Hardware-Lebenszyklen und lokale Abwärmenutzung sind entscheidend auf dem Weg zu einer ökologisch tragfähigen digitalen Zukunft.

EINE FRAGE DES WILLENS

Ein wegweisendes Beispiel für digitale Eigenständigkeit liefert aktuell die ETH Zürich. Gemeinsam mit der EPFL und

dem Swiss National Supercomputing Centre (CSCS) lanciert sie im Sommer 2025 eine eigene, offene Plattform für grosse Sprachmodelle (LLMs). Das Modell wurde auf Schweizer Supercomputern trainiert, unterstützt über tausend Sprachen und ist öffentlich nutzbar – ein klares Signal für Transparenz, Forschungsfreiheit und technologische Souveränität.

Der Umgang mit Digitalisierung ist somit auch eine Frage von politischem Willen, Nachhaltigkeit und demokratischer Souveränität. Für die Zukunft gilt: Wer souverän bleiben will, muss eigene Kompetenzen aufbauen – bei Cloud, KI und Governance. Auf den folgenden Seiten wollen wir näher auf einige der anstehenden Fragen eingehen. Zudem planen wir eine Online-Veranstaltung zur Digitalisierung, an der wir uns mit der Situation der IT-Lösung für den Kanton Basel-Stadt befassen wollen.

Raymond Dettwiler, Co-Leitung
Sachgruppe Finanzen & Wirtschaft
GRÜNE BS

Quelle: Image by axonite from Pixabay

UNHEILIGE ALLIANZ ZWISCHEN BIG-TECH-UNTERNEHMEN UND STAAT?



Foto von neev auf Unsplash

Bei der Anwendung von KI-basierten Algorithmen entsteht schnell eine unheilige Allianz zwischen Wirtschaft und Staat. Die Wirtschaft möchte möglichst berechenbare und steuerbare, normierte Dauerkonsumenten. Und der Staat möchte möglichst berechenbare Steuerzahler, die als normierte Gutmenschen keine Schwierigkeiten machen und alle staatlichen Pflichten ohne Murren akzeptieren. Im Idealfall lässt sich dieses gemeinsame Interesse von Wirtschaft und Staat über Synergieeffekte nutzen. Es liegt sowohl im Interesse der Wirtschaft als des Staates, dass Menschen ihre Gesundheit mit Fitnesstrackern und anderen Geräten dauernd überwachen. Denn von den so erhobenen Daten profitieren beide. Die Wirtschaft (in diesem Fall Versicherungen, Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen) kann mit diesen Daten massgeschneiderte Anreize und Lösungen für jeden einzelnen Kunden anbieten. Und der Staat kann grosse Präventionsprogramme mit flächendeckendem Health-Monitoring umsetzen, um die Menschen zu einem immer gesünderen Leben zu animieren. Oder, wenn wir den privaten Automobilverkehr betrachten, dann haben sowohl Wirtschaft als auch Staat ein Interesse daran, alle Autos mit Sensoren und Kameras auszurüsten. Die Wirtschaft kann dann wieder mit massgeschneiderten Angeboten auf die individuellen «Bedürfnisse» der Kunden reagieren und neue Autos

verkaufen bzw. individualisierte Versicherungslösungen anbieten. Der Staat wiederum kann alle Autofahrerinnen und -fahrer, lückenlos überwachen und so sicherstellen, dass keiner zu schnell, übermüdet oder mit zu hoher Menge an Alkohol im Blut herumfährt. Und natürlich kann er dann auch dafür sorgen, dass der Verkehr ökologisch optimiert wird.

Zunächst erscheint das alles sinnvoll. Wollen wir nicht alle gesünder leben, den Verkehr sicherer machen, die schulische Ausbildung unserer Kinder verbessern und Steuerhinterziehung erschweren, in einer intakten Umwelt leben? Sollte eine wohlwollende Regierung nicht möglichst viele Daten und Informationen haben, um damit Kriminalität zu bekämpfen, den Energieverbrauch zu senken und ökonomische Krisen zu vermeiden? Nicht unbedingt. Wir müssen etwas genauer schauen, unter welchen Bedingungen KI-Anwendungen tatsächlich auf den Markt kommen.

Märkte für KI-Anwendungen egal ob Large-Language Models, Shopping Agenten oder Navigationssysteme sind durch Informationsasymmetrie und Marktmacht charakterisiert. Dies ermöglicht es Big-Tech-Unternehmen wie Apple, Amazon, Alphabet (Google) oder Meta (Facebook), über diese Anwendungen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Marktmacht entsteht durch gleich-

zeitige Verfügbarkeit über Daten und KI im großen Stil. Big-Tech entwickeln globale KI-Ökosysteme, um eine global dominierende Rolle spielen zu können. Diese Unternehmen sind in allen Bereichen der KI-Entwicklung und KI-Produktion tätig und nutzen das, was sie produzieren, in unterschiedlichen Geschäftsbereichen. So erzeugt die Google-Suchmaschine einen ständigen Bedarf an KI-Verbesserungen, da ihr Wettbewerbsvorteil entscheidend von ihrer Vorhersagekraft abhängt.

Big-Tech-Unternehmen halten ihre dominierenden Marktpositionen aufrecht, indem sie die KI ständig weiterentwickeln, Partnerschaften eingehen und führende Unternehmen in diesem Bereich aufkaufen. Und weil sie viel besser über die Funktionsweise der KI informiert sind als die Anwender, können sie auch diese Informationsasymmetrie ausnutzen. Überall werden wir mit Informationen bombardiert, welche uns den grossen Nutzen und den Fortschritt der KI anpreisen, ohne dass wir wissen, wie diese genau funktioniert. KI ist für Anwender eine Black Box, welche Entscheide aufgrund der Erkennung von Mustern in hochdimensionalen Datenräumen trifft, die dem menschlichen Gehirn nicht mehr zugänglich sind. Man muss der KI einfach glauben, dass sie die richtigen Entscheide trifft. Damit soll nicht gesagt werden, dass KI an sich schädlich oder bedrohlich ist. Aber wir sollten ihr mit Vorsicht begegnen. Schnell wird man von einzelnen Anwendungen und damit auch Anbietern (Big-Tech-Firmen) abhängig und ist dann ihrer Marktmacht ausgeliefert. Das betrifft insbesondere auch den Staat, der technologisch nicht in der Lage ist, KI-Anwendungen selbst zu entwickeln. Ein von Google abhängiger Staat ist aber keine erfreuliche Zukunftsvision.

Matthias Binswanger

UNSERE DATEN – UNSER RISIKO

Basel-Stadt will seine Daten in eine US-Cloud bringen und vergisst dabei den Datenschutz.

Datenschutz und Datensicherheit sind in der heutigen digitalen Welt komplex und schwierig zu umfassen. Daten sind aber auch das Gold der modernen Welt und wir müssen darum die Sicherheit unserer Daten sicherstellen. Und in der Politik müssen wir sicherstellen, dass die Daten, welche vom Kanton bearbeitet werden, sicher sind. Am 8. April 2025 kündigte der Regierungsrat Basel-Stadt an, die gesamte Verwaltung ab Herbst 2025 auf Microsoft 365 umzustellen. Das bedeutet: Auslagerung von Informatikdiensten in die Cloud – ausserhalb kantonaler Rechenzentren. Das bringt erhebliche Risiken für Da-

tenschutz, Informationssicherheit und Archivierung. Der Kanton arbeitet mit unseren Daten – und wir haben keine Wahl. Datenschützer:innen sind sich einig: M365 bietet keinen ausreichenden Schutz. Wir GRÜNEN haben deshalb eine Interpellation eingereicht: Wie wird Datenschutz gewährleistet? Welche Risiken bleiben? Wurden Alternativen geprüft? Die knappe Antwort: Nein – Alternativen gebe es nicht, das Restrisiko übernehme die Regierung. Nur vom Kopf in den Sand stecken werden leider keine Probleme gelöst. Wir haben darum weitergemacht. Im wesentlichen sehen wir zwei Wege:

1. Mit richtigem Datenschutz – auf M365 verzichten und sichere Alternativen nutzen, wie es zum Beispiel das Bundesgericht vormacht.

2. Schadensminderung – eine klare gesetzliche Grundlage für die Datenauslagerung schaffen, mit verbindlichen Schutzmassnahmen.

Der Weg mit richtigem Datenschutz wäre wünschenswert. Aber in der politischen Welt ist es manchmal besser, den pragmatischen Weg zu gehen. Wir haben darum eine Motion zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Auslagerung von Daten eingereicht. Unterschrieben von Vertreter:innen aus allen Parteien. Das ist schon mal ein gutes Zeichen, nicht nur die GRÜNEN haben erkannt, dass Datensicherheit unser Risiko ist und wir dieses nicht an die Regierung auslagern können.

Anina Ineichen, Grossrätin

RESSOURCENFRESSER

KI und Clouds durchdringen unser Leben je länger, je mehr. Google generiert Suchresultate mit KI und bewölkt gilt als Goldstandard der Datenhaltung. Der Verdacht ist richtig: Das braucht alles sehr viel Energie!

Eine einzelne Chatbot-Abfrage ist inzwischen fast so energieeffizient wie eine klassische Suchanfrage. Die rasanten Verbreitung von KI überdeckt aber den Effizienzgewinn im Kleinen. Der Ressourcenverbrauch von KI und Clouds spiegelt sich in Rechenzentren. Sie beanspruchen heute sechs bis acht Prozent des Schweizer Stromverbrauchs – ein rasanter Anstieg, 2019 waren es erst drei bis vier Prozent. Bis 2030 dürfte der Anteil auf fünfzehn Prozent wachsen – das ist die Hälfte aller Schweizer Haushalte zusammen.

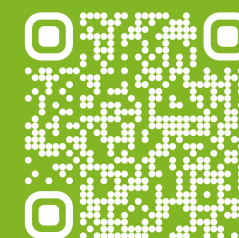
Rechenzentren siedeln sich dort an, wo das Stromnetz als auch das Glasfasernetz gut ausgebaut sind. Dazu gehört Basel: Die IWB (Höhenweg) wie auch die Swisscom (Basel-Grosspeter) betreiben hier grosse Rechenzentren. Diejenigen der holländischen NorthC in Münchenstein gehören sogar zu den grössten der Schweiz. Zentral ist, zu verlangen, dass die Rechenzentren ihren gewaltigen Stromhunger mit erneuerbarer Energie (insbesondere Solar) stillen.

Der Wasserverbrauch zur Kühlung sowie die Nutzung der Abwärme der Rechenzentren sind weitere ökologische Fragen. Es liegen Optionen für schonende Lösungen vor – die betroffenen Gemeinwesen müssen dies aber von den Betreiberfirmen einfordern. Auch die Transparenz über die graue Energie und die sozialen Bedingungen des Roh-

stoffabbaus für die Hardware (Chips etc.) ist eine noch unerfüllte politische Forderung.

Rahel Estermann, Kantonsrätin GRÜNE LU, Vorstandsmitglied Digitale Gesellschaft

Weiterführende Links:



gruene-bs.ch/blog/ressourcenfresser

ABSTIMMUNGEN NATIONAL

JA ZUR NEUEN E-ID – EIN DIGITALER SERVICE PUBLIC MIT GRÜNER HANDSCHRIFT



Vier Jahre nach der zu Recht abgelehnten privatisierten e-ID erhält die Schweiz nun – mit einem Ja am 28. September – eine staatliche, sichere und kostenlose elektronische Identität. Diese neue e-ID ist ein digitalpolitischer Meilenstein – und sie trägt eine klare grüne Handschrift.

Nach dem wuchtigen Nein zur ersten Vorlage 2021, gegen die wir GRÜNE uns entschieden engagierten, lancierten wir eine überparteiliche Motion. Sie legte den Grundstein für eine öffentliche, gemeinwohlorientierte Lösung. Damit wurde nicht nur der Weg frei für ein neues Gesetz – sondern auch für einen zeitgemässen politischen Ansatz: inklusiv und transparent. Der Bundesrat setzte auf ein radikal offenes Vorgehen: In einem Open-Source-Prozess entwickelten Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam die technischen Grundlagen. Dieser partizipative Ansatz ist für Bun-

desprojekte noch ungewohnt, hat aber massgeblich zum Erfolg beigetragen.

VORBILD BEI DATENSCHUTZ UND DATENMINIMIERUNG

Obwohl Bundesrat, Parlament, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaftsverbände und alle grossen Parteien hinter der neuen e-ID stehen, wurde das Referendum ergriffen – von der Piratenpartei sowie rechtsextremen Kreisen wie Massvoll oder den Freunden der Verfassung. Hinter ihren vorgeschobenen Sicherheitsbedenken verbirgt sich ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Staat. Sie wollen verhindern, dass er überhaupt eine digitale Identität herausgibt. Eine Ablehnung des Gesetzes würde aber Tür und Tor öffnen für privatwirtschaftliche Alternativen – für Big Tech und noch mehr Datenökonomie. Dabei ist das neue Gesetz ein Vorbild in Sachen Datenschutz und Datenminimierung: Bei einem Altersnachweis wird etwa nur abgefragt, ob man alt genug ist – ohne Geburtsdatum, Name oder andere persönliche Daten. Wer sich nicht an die strengen Regeln hält, wird sanktioniert oder aus der Infrastruktur ausgeschlossen. Das stärkt die Privatsphäre, schützt insbesondere Jugendliche im Netz und ist ein echter Fortschritt gegenüber der heutigen physischen ID und der allgegenwärtigen Datensammelei.

E-ID ALS SERVICE PUBLIC

Die Infrastruktur bleibt in öffentlicher Hand. Die e-ID ist damit ein Service Public, der der Allgemeinheit dient. Ihr

Nutzen ist breit: Verträge unterzeichnen, Bankkonten eröffnen, Auszüge bestellen – einfach, sicher, digital. Besonders bedeutend: Auch Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden sollen künftig elektronisch gesammelt werden können. Nach dem Unterschriftenbetrug 2023 ist das ein zentraler Beitrag zur Stärkung unserer direkten Demokratie.

Ein weiteres Argument gewinnt an Brisanz: In Zeiten von Deepfakes und KI-Fälschungen wird digitale Vertrauenswürdigkeit zur neuen Währung. Eine staatlich verifizierte, fälschungssichere Identität wird essenziell, um sich im digitalen Raum sicher bewegen zu können – im Privaten wie im Politischen.

Mit einem Ja zur e-ID gewinnen wir ein Stück digitale Selbstbestimmung zurück – und schaffen die Grundlage für eine vertrauenswürdige, gemeinwohlorientierte digitale Zukunft.

Gerhard Andrey, Nationalrat GRÜNE Fribourg

NEIN ZUR OBJEKTSTEUER AUF ZWEITLIEGENSCHAFTEN UND SOMIT AUCH NEIN ZUM SYSTEMWECHSEL BEIM EIGENMIETWERT



Selbstgenutztes Wohneigentum wird heute mit dem sogenannten Eigenmietwert besteuert. Die Abschaffung dieses Eigenmietwerts ist ein politischer Dauerbrenner und bereits mehrfach gescheitert – sowohl im Parlament wie auch in Volksabstimmungen. Der Eigenmietwert ist problematisch, denn für Hausbesitzende stellt er einen Anreiz dar, Schulden zu machen oder diese nicht zu amortisieren. Grundsätzlich haben die GRÜNEN daher einen Systemwechsel und eine Abschaffung des Eigenmietwerts denn auch unterstützt – sofern gewisse Bedingungen erfüllt sind: Erstens soll der Systemwechsel sowohl für Erst- und Zweitliegenschaften gelten, also auch mit der (möglichst) vollständigen Abschaffung der Abzüge einhergehen. Zweitens sollte er möglichst aufkommensneutral ausgestaltet sein.

MASSIVE STEUERAUSFÄLLE PROGRAMMIERT

Der letzte Punkt ist bei dieser Abstimmungsvorlage nicht erfüllt. Bei einem

Ja kommt es zu massiven Steuerausfällen: bei der aktuellen Höhe des Referenzzinssatzes von 1,5 Prozent zu rund 1,6 Milliarden Franken jährlich, wovon rund zwei Drittel bei den Kantonen und ein Drittel beim Bund anfallen. Und das in einer Zeit, in welcher der Bundesrat aufgrund der Erhöhung des Armeebudgets sowieso bereits ein milliardenschweres Sparpaket aufgelegt hat – mit massiven Einschnitten beim Klimaschutz, beim öffentlichen Verkehr oder bei der Förderung von Kitas.

Die Kantone könnten zwar einen Teil der Einnahmeausfälle durch eine neue Objektsteuer auf den Zweitwohnungen ausgleichen. Die Finanzdirektor:innen lehnen diese Zweitwohnungssteuer aber ab und sehen deren Einführung nicht als realistisch an. Insbesondere die Regierungen beider Basel warnen vor massiven Steuerausfällen.

RÜCKSCHRITT BEIM KLIMASCHUTZ DROHT

Mit dem Systemwechsel würden zudem auch Steuerabzüge für ökologische Massnahmen, z.B. für Energiesparmassnahmen komplett wegfallen (Bundessteuer) respektive ein Ablaufdatum erhalten (kantonale und kommunale Steuern). Sie sind ein wichtiges Element in fast allen kantonalen Energie- und Klimastrategien, um beim fossilen Heizungsersatz und den energetischen Gebäudesanierungen voranzumachen. Deshalb bekämpft auch ein bürgerliches Komitee bestehend u.a. aus Haustechnikverband, Suissetec oder BauenSchweiz die Vorlage.

Der Wegfall dieser Abzüge ist insbesondere falsch, weil der Bundesrat gleichzeitig auch das Gebäudeprogramm abschaffen will, das energetische Sanierungen direkt fördert. Es droht also ein massiver Rückschritt beim Klimaschutz im Gebäudebereich.

Der Systemwechsel geht zu Lasten der Mietenden. Die Steuerausfälle und folgenden Abbaupakete müssen alle tragen, doch entlastet werden nur die Wohneigentümer:innen.

ABSTIMMUNG MIT ZWEIFACHER WIRKUNG

Ende September werden wir an der Urne nur entscheiden, ob die Kantone die Möglichkeit bekommen, eine Objektsteuer auf Zweitliegenschaften zu erheben. Da diese neue Steuer in der Verfassung verankert werden müsste, gibt es automatisch eine Volksabstimmung. Diese Zweitwohnungssteuer ist jedoch mit der eigentlichen und umstrittenen Frage des Systemwechsels betreffend Wohneigentumsbesteuerung verknüpft: Ein Nein zur Objektsteuer bedeutet also auch ein Nein zur Abschaffung des Eigenmietwerts. Im Parlament haben die bürgerlichen Parteien für die Vorlage gestimmt – die Grüne- und die SP-Fraktion haben die Vorlage abgelehnt. Die GRÜNEN empfehlen ein Nein zur Einführung einer Objektsteuer auf Zweitliegenschaften. Wir können uns die massiven Steuerausfälle und den Wegfall der steuerlichen Anreize für energetische Sanierungen schlicht nicht leisten!

Maya Graf, Ständerätin GRÜNE BL

ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN BASEL-STADT

JA ZU ZÄMME IN EUROPA: WICHTIGER DENN JE



Wer nicht mit Scheuklappen durchs Leben geht, weiss: Die Schweiz hat ein paar Probleme, die wir nicht im Alleingang lösen können. Das geht vom Klima über Energie bis zur Sicherheit. Internationale Zusammenarbeit heisst hier das Gebot der Stunde. Leider sehen das nicht alle so. Sie sind wie Trump und Putin Teil des Problems, nicht der Lösung. Im Alleingang ist die Schweiz ihrer Willkür ausgeliefert. Umso mehr müssen wir die Zusammenarbeit in Europa suchen und stabile Beziehungen mit der EU schaffen. Dafür braucht es zurzeit einiges an Überzeugungsarbeit.

In Basel-Stadt bietet die kantonale Initiative «Zämme in Europa» eine gute Gelegenheit dazu. Mit einer breiten, mobilisierenden Kampagne und einer hoffentlich deutlichen Annahme geben wir ein klares Signal – auch über die Kantons Grenzen hinaus.

Solche Signale braucht es, denn bald einmal steht die Abstimmung über das Verhandlungspaket mit der EU an.

Gegen dieses macht die SVP seit Monaten mobil. Dabei ist offensichtlich, dass dieses Vertragspaket auf Jahre hinaus die letzte Chance sein wird, das Verhältnis Schweiz – EU vertraglich zu regeln und die Kooperation zu festigen und auszubauen. Eine Ablehnung des Verhandlungspakets würde unser Land in vielfacher Hinsicht in die Isolation treiben. Und genau dieses Ziel ist es, das die Isolationist:innen um Christoph Blocher verfolgen. Diesem Ziel dient auch ihre «Neutralitätsinitiative», die es der Schweiz untersagen würde, sich an Sanktionen gegen Putin zu beteiligen. Dazu passt, dass SVP-Parteipräsident Dettling den Austritt der Schweiz aus der WHO und die Kündigung des Pariser Klimaabkommens ins Spiel gebracht hat. Die Schweiz ist ein Teil Europas – machen wir das in den kommenden Abstimmungen deutlich. Angesichts der politischen Wetterlage ist die Zusammenarbeit in Europa wichtiger denn je.

Martin Stohler, Co-Leitung Sachgruppe Dreiland, GRÜNE BS

Am 11. September um 19 Uhr diskutieren wir gemeinsam mit Nationalrätin Sibel Arslan über das Europa-Dossier, die Bilateralen Verträge und die Abstimmung im September. Mehr Infos folgen.

GEMEINDEWAHLEN RIEHEN

Am 19. Oktober wählt Riehen den Einwohnerrat und den Gemeinderat. Gemeinsam mit BastA! werden wir wiederum versuchen, die Fraktionsstärke im Einwohnerrat zurückzugewinnen.

Dafür wurden neben den beiden Bishe- rigen Conni Birchmeier und Mike Gosteli erfreuliche 17 weitere Kandidierende gefunden. Alle Infos dazu finden sich auf der Webseite. (ot)

ZIVILGERICHTSWAHLEN

Im September hätten ein neues Präsidium am Appellationsgericht und am Zivilgericht zur Wahl gestanden. Am Zivilgericht stand die Nachfolge für die abtretende Elisabeth Braun an. Aufgrund unseres überzeugenden Kandidaten Dominik Schniepper kommt es nun zur Stillen Wahl. Wir gratulieren Dominik ganz herzlich zur Wahl als Präsident am Zivilgericht und wünschen im viel Freude und Erfüllung in diesem verantwortungsvollen Amt.

Ebenfalls in stiller Wahl gewählt wurde am Appellationsgericht Dorrit Schleiminger Mettler (FDP). (ot)

NOAH WEBER IN DEN GEMEINDERAT



Foto: Nils Fisch

Für den Gemeinderat schlagen wir Noah Weber vor. Noah ist 26 Jahre alt, in Riehen aufgewachsen und ausgebildeter Landschaftsgärtner. Zurzeit studiert er im letzten Jahr den Bachelor Umweltingenieurwesen mit Vertiefung auf städtische Ökosysteme.

Er möchte im Gemeinderat sein Fachwissen im Umweltbereich einbringen und sich für die Anliegen der jungen Generation einsetzen. (ot)



Am 6. Juni veranstaltete das jgb im HUMBUG eine FINTA*-Party.

Eröffnet wurde der Event durch eine Lesung von Miriam Suter und Natalia Widla, welche im Gegensatz zur anschließenden Feier für alle Geschlechter offen war. Doch wozu eine solche Party? In einer Zeit, in der rechte Bewegungen erstarken, grundlegende Rechte abgebaut werden und patriarchale Gewalt allgegenwärtig ist – denn in der Schweiz wird statistisch alle zwei Wochen eine Frau von einem männlichen Angehörigen getötet, und jede Woche überlebt eine Frau einen Mordversuch durch ihren (Ex-)Partner –, braucht es Räume, die Schutz bieten. Safe Spaces sind Orte, um kollektiv zu trauern, zu heilen und Widerstand zu organisieren. Mit ihrem im Oktober 2024 im Limmat Verlag erschienenen Buch «Niemals aus Liebe» legen Suter und Widla eine Bestandsaufnahme zum Thema häusliche und sexualisierte Gewalt in der Schweiz vor. Im Gegensatz zu ihrer vorherigen

Publikation zieht das Buch bewusst eine Perspektive mitein, die selten beleuchtet wird: sie untersuchen, wie Männer zu Tätern werden. Sie analysieren psychologische Faktoren wie psychische Erkrankungen, Alkohol oder Drogenprobleme, aber auch kulturelle Muster und Radikalisierung im Internet, etwa durch die Manosphere und die allgegenwärtige Rape Culture.

GEWALT ALS STRUKTURELLES PROBLEM

Bei der Lesung sprachen die zwei Autorinnen über geschlechtsspezifische Gewalt nicht als Aneinanderreihung tragischer Einzelfälle, sondern als strukturelles und gesellschaftliches Problem. Femizide, so erklärten sie, geschehen nicht aus Liebe, sie seien keine tragische Ausnahme, sondern das tödliche Ende einer Gewaltspirale, die gesellschaftlich verankert ist, genährt durch Sexismus, Machtverhältnisse, ökonomische Abhängigkeit und ein Klima der Verharmlosung in Sprache, Medien und Justiz. Denn Femizid existiert

in der Schweiz als Strafbestand nicht, entsprechend gibt es keine offizielle Statistik, die Tötungen aufgrund des Geschlechts isoliert ausweist. Wenn Medien von «Familiendramen» schreiben, wenn sexualisierte Gewalt als «Eifersuchtstat» beschrieben wird, werden strukturelle Ursachen verschleiert, Täter entlastet und Prävention erschwert.

Was Widla und Suter mit ihrer Lesung klar machten, ist, dass es ein gesellschaftliches Umdenken braucht: Männer müssen nicht nur am Ursprung des Problems erkannt werden, denn nicht alle Männer sind Täter, aber (fast) alle Täter sind Männer, sondern auch als Teil der Lösung. Wenn sich wirklich etwas ändern soll, dann braucht es nicht nur Gesetze und Beratungsstellen, sondern auch eine andere Kultur. Dafür müssen Männer nicht bloss reagieren, sondern aktiv mitgestalten, denn das Buch ist schliesslich an Männer gerichtet.

Gionata Buzzi, Vorstand jgb

LAUFEN: MEHR SICHERHEIT, NATUR UND KULTUR



In Laufen ist das überfällige, grösste Hochwasserschutz-Projekt in unserem Kanton in die Umsetzungsphase gegangen und wird es in den nächsten Jahren in Beschlag nehmen. Dabei geht es nicht nur um Sicherheit, diese entsteht nämlich durch eine Revitalisierung des Flusses. Er und damit auch die Natur erhalten wieder viel mehr Platz, mit entsprechend grösserer Abflusskapazität, und damit die Birs ihren angestammten Raum zurück. Mit der Verlegung der querenden Strasse flussabwärts fällt zudem ihre Durchschneidungswirkung weg. Der neue Naturraum an der Birs wird mit einem Steg zusammen mit dem Laufener «Stedtli» vis-à-vis zu einem überaus attraktiven Zentrum im Herz des Laufentals verbunden. Auch das alte Schlachthaus als unbestrittenes kulturelles Zentrum wird gestärkt und erhält mehr Platz. Nimmt man noch den neuen Schnellzug-Halbstundentakt nach Basel und Delémont ab Dezember hinzu, darf man sagen: sehr gute Perspektiven für Laufen und das Laufental!

Isaac Reber, Regierungsrat GRÜNE BL

WILLKOMMEN IN DER GL, TOBIAS FANKHAUSER!



Wir freuen uns, Tobi Fankhauser als neues Mitglied in der Geschäftsleitung der GRÜNEN Baselland begrüßen zu dürfen. Der 35-jährige Hölsteiner bringt vielfältige Erfahrungen mit und ist eine starke Bereicherung für unser Team: Nach seinem Masterstudium in Business Administration beschäftigt er sich beruflich aktuell vor allem mit Themen

der Inklusion und Behindertengleichstellung. Als ehemaliger Spitzen-Paracyclist und Medaillengewinner weiss Tobi genau, was es heisst, mit Ausdauer und Zielstrebigkeit für eine Sache einzustehen. In der Politik setzt sich Tobi für eine inklusive, solidarische und ökologische Gesellschaft ein – unter anderem auch schon als Landrats- und Nationalratskandidat auf unserer Liste 7. Danke für deinen Einsatz, Tobi! Übrigens: Wir sind weiterhin auf der Suche nach motivierten Menschen, die sich in unserer GL einbringen möchten! Interesse? Mach's wie Tobi und melde dich bei uns!

Michael Durrer, Präsident GRÜNE BL

POLITIK UND SOMMERPAUSE? EHER NEIN.

Offiziell ist die Politik zurück aus der Sommerpause – in diesem Jahr fühlte sich diese jedoch kaum wie eine Pause an. Der Rücktritt von Regierungsrätin Monika Gschwind (FDP) hat den politischen Betrieb in Baselland während den Sommerwochen ordentlich durcheinandergewirbelt. Die bevorstehende Nachwahl im Oktober fordert volle Aufmerksamkeit – von uns und allen anderen Parteien. Gleichzeitig sorgte das Debakel rund um die BLKB-Tochter Radicant für Schlagzeilen: Ein Abschreiber von 105 Millionen Franken und mehrere Rücktritte in der Bankleitung sprechen eine deutliche

Sprache. Die mediale Berichterstattung zu diesen Themen war zwar zahlreich, aber nicht immer von gleichbleibender Qualität – und nicht jede Schlagzeile hielt einer genaueren Überprüfung stand. Falls ihr zu den Ereignissen Fragen habt oder genauer wissen wollt, wie wir GRÜNE Baselland die Dinge einschätzen: Meldet euch am besten direkt beim Sekretariat oder der Geschäftsleitung. So stellen wir sicher, dass Informationen korrekt und vollständig ankommen – und wir als GRÜNE Baselland gemeinsam gut informiert handeln können. Michael Durrer, Präsident GRÜNE BL

KANNST DU FÜNF UNTERSCHRIFTEN SAMMELN?

Die Solarinitiative muss Ende Jahr eingereicht werden und die Sammlung ist etwas in Verzug. Die gute Nachricht: Wenn jedes Mitglied

fünf Unterschriften beiträgt, haben wir die Initiative gesammelt! Also schicke möglichst schnell deine Unterschriften ein. Zudem

ROCHADEN IM BÜRGERGEMEINDERAT – EMÉLIE DUNN NEU STATTHALTERIN

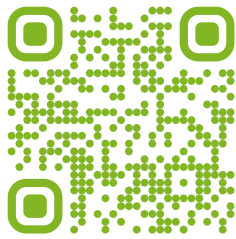


Der Bürgergemeinderat hat Emélie Dunn mit grossem Mehr zur Statthalterin für die nächsten zwei Jahre gewählt. Emélie ist Juristin und engagiert sich unter anderem als Co-Präsidentin des Stadtteilsekretariats Kleinbasel. Sie ist für Fina Girard in den Bürgergemeinderat nachgerückt. Die Fraktion von

BastA! und GRÜNEN wählte zuvor Stefan Rommerskirchen als neuen Fraktionspräsidenten. Er tritt die Nachfolge von Lea Steinle an, welche aus dem Bürgergemeinderat zurückgetreten ist. Als ihre Nachfolge konnte die Fraktion des Bürgergemeinderats neu Beata Wackernagel begrüßen. Beata ist Pflegefachfrau, verheiratet und Mutter zweier erwachsener Kinder. Neben ihrer Arbeit engagiert sie sich ehrenamtlich als Präsidentin des Neutralen Quartiervereins St. Alban-Gellert. Die GRÜNEN Basel-Stadt danken Fina und Lea für ihr Engagement in der Bürgergemeinde und wünschen Beata und Emélie viel Erfolg im neuen Amt. (ot)

WAHLEN SCHULEN

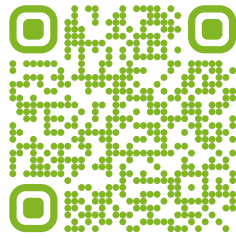
Auch an den Schulen beginnt dieses Jahr eine neue Legislatur. Wir bedanken uns bei den Abtretenden der Legislatur: Rebekka Sagelsdorff (Wirtschaftsgymnasium & WMS), Urs Schädli (Zentrum für Brückenangebote) und Marc Zimmermann (Gymnasium Kirschgarten) und gratulieren den Gewählten:



grune-bs.ch/mandate/schulen

PODIUM ENERGIEWENDE

An einem spannenden Podium mit Léonore Hälgi von der SES und Stefan Batzl von aeesuisse diskutierten wir über den Stand der Energiewende. Die Präsentationen und ein kurzer Rückblick finden sich hier: (ot)



grune-bs.ch/blog/rueckblick-podium-energiewende

WO BLEIBT DIE SPITALSTRATEGIE?



Im Juni habe ich wie viele der Sommerpause freudig entgegengeschaut. Auf die etwas ruhigere Zeit im Büro, die Politpause sowie lauschige Sommerabende am Rhein. Der Sommer wurde politisch aber weniger ruhig als erwartet. Bereits in der ersten Ferienwoche wurde bekannt, dass das Unispital das Clara-Spital übernehmen und auf den Bau des Klinikum 3 verzichten will. Das waren neben den geo- und handelspolitischen teils niederschmetternden Schlagzeilen der letzten Wochen grundsätzlich gute News. Der Zusammenschluss der beiden Spitäler entspricht einer nachhaltigen Planung. Es wird weniger graue Energie freigesetzt und das öffentliche Gesundheitswesen wird gestärkt. Die Befürchtung, dass die beiden Basel in der Spitalplanung getrennte Wege gehen, hingegen verstärkt. Es braucht weiterhin eine gemeinsame Strategie für unsere Region, damit das medizinische Angebot für alle zugänglich ist, es zu keinen Lücken oder Doppelspurigkeiten kommt sowie die finanziellen Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden. Damit dies gelingt, braucht es die parlamentarische Arbeit. Ich freue mich darauf, diese Diskussionen in der Gesundheits- und Sozialkommission mitzugestalten – und starte erholt ins zweite Halbjahr.

Lea Wirz, Grossrätin



haben wir auch viele Sammelaktionen zum Mitmachen. Download Unterschriftenbogen: <https://chk.me/B60eARN>

NACHRUF CHRISTOPH FROMMHERZ

3. Juli 1960 – 12. Juli 2025



Die GRÜNEN betrauern den Verlust von Christoph Frommherz. Er verstarb

bei einem Kletterunfall in den Bergen. Christoph hat die GRÜNEN Münchenstein mitgegründet, war zwischen 2005 und 2015 grüner Landrat und Vizepräsident der GRÜNEN Baselland. Er hat sich in den verschiedensten Gremien in der Gemeinde und im Kanton stets aktiv für Umweltschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit eingesetzt. Wir vermissen ihn sehr und sprechen den Angehörigen unser herzlichstes Beileid aus.

Michael Durrer, Präsident GRÜNE BL

EURO 2025

Während der Fussball-Europameisterschaft 2025 haben Laura Schwab und Renée Weber drei spannende Aktivitäten organisiert. Mit gleich zwei Teams nahmen wir am Pubquiz teil (3. und 4. Rang), nahmen an der Buchvernissage zu «Das Recht zu kicken» teil und organisierten einen Frauenstadtrundgang zum Thema Fussball. (ot)

SOMMERFEST



Im August fand unser Sommerfest im Gundeldingerfeld statt. Gemeinsam verbrachten wir einen stimmungsvollen Abend mit kulinarischen Köstlichkeiten und musikalischer Begleitung durch zwei DJanes. Besonders freute uns der Besuch von Lisa Mazzone, die in ihrer Ansprache wichtige Impulse setzte und sich Zeit für den Austausch mit unseren Mitgliedern nahm. Danke für ein schönes Fest mit unserer GRÜNEN community! (nfs)

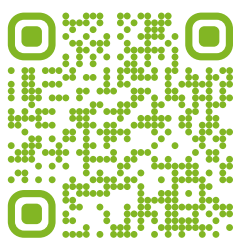
FEMSTREIK & PRIDE



Bei heissem Wetter waren wir am Feministischen Streik am 14. Juni und am 28. Juni am Pride im Rahmen von «Basel tickt bunt!». (ot)

PRO WIND NORDWEST-SCHWEIZ

Das Ziel des Vereins ist, zusammen die Bevölkerung für die Energiewende zu begeistern. Die Windenergie gehört in Kombination mit Solarenergie zur Schlüsseltechnologie. Der Verein will unentschlossenen Menschen die Vorteile der Windenergie erklären. Hier kannst du dich Pro Wind Nordwestschweiz anschliessen: (ot)



prowind-nwch.ch/mitglied-werden

PAROLEN SEPTEMBER

NATIONAL

Nein zur Abschaffung
Eigenmietwert

Ja zur e-ID

BASEL-STADT

Ja zur Europa-Initiative

AGENDA

4. September: MV GRÜNE BS

11. September: Europa-Event mit
Sibel Arslan

13. September: Kidical Mass, Basel

13. September: Lauf gegen
Grenzen, Basel

16. September: Zmittag Feministisches
Netzwerk, Basel

18. September: Stadttour
Grossbasel Ost

19. September: Parking Day

26. September: MV GRÜNE BL,
Liestal

27. September: Sammeltag
Solarinitiative

8. November: Sommet du
Changement, Olten

DAS LETZTE

Dunkle Wolken ziehen auf: Ein Verrückter im Weissen Haus, einer am Roten Platz. Der Bundesrat ist zwar über den Wolken, doch die Freiheit ist nicht grenzenlos, sondern ohne die EU mit 39% bepreist. Da wird es zur düsteren Randnotiz, dass wir wiederum einen Hitzesommer hatten. In der Hitze des Gefechts tritt die Basler Regierung die Flucht nach vorne an und speist ihre Daten lieber gleich direkt in eine US-Cloud. Bevor du jetzt zum Campari Soda greifst und aufs Wolkenmeer schaut: Wir bräuchten dich noch für digitale Souveränität, europäische Zusammenarbeit und die Solarinitiative. Solarenergie geht auch bei Bewölkung!